

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 8

Artikel: Der Indische Ozean : ein neuer Schauplatz des Kalten Krieges
Autor: Kroef, Justus M. van der
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162346>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

liche Anstrengungen, um unter den hier erwähnten Ländern eine Art von Sicherheitspakt zustandezubringen, dessen Aufgabe es natürlich wäre, China in Schranken zu halten. Sollte ein solches Vorhaben einmal über das blosse Planungsstadium hinaus gedeihen, so hätte China allen Grund, sich noch mehr als bisher vor einer Einkreisung zu fürchten.

JUSTUS M. VAN DER KROEF

Der Indische Ozean – ein neuer Schauplatz des Kalten Kriegs

Ein Machtvakuum

Anfangs Mai 1969 wandte sich der indische Verteidigungsminister Swaran Singh im indischen Parlament gegen die kurz zuvor von einer «Arbeitsgemeinschaft für Verteidigungsfragen» im indischen Flottenoberkommando veröffentlichte Empfehlung, wonach sich Indien mit Australien, Malaysia, Thailand, Indonesien und Burma zu einer Verteidigungsorganisation zusammenschliessen sollte, um die Verteidigung des Indischen Ozeans nach 1971, das heisst nach dem geplanten Abzug der britischen Streitkräfte aus dem Gebiet «östlich von Suez», zu gewährleisten. Der Vorschlag dieser Arbeitsgemeinschaft, so betonte Swaran Singh, stehe im Widerspruch zur Politik der indischen Regierung. Diese vertrete die Ansicht, es bedürfe keines «regionalen Bündnisses», um das Gebiet des Indischen Ozeans zu schützen. Auch solle nach dem endgültigen Abzug der Engländer keine «Supermacht» in der betreffenden Region Fuss fassen. Aber ungeachtet der Erklärung Singhs sieht man in New Delhi sowie in den anderen asiatischen Hauptstädten mit wachsendem Unbehagen das Entstehen eines strategischen «Machtvakuums» im Indischen Ozean. Man ist sich der Gefahr bewusst, dass sich in diesem Raum auf Grund der veränderten machtpolitischen Gegebenheiten neue Konfliktsituationen herausbilden könnten.

Den sichtbaren Grund für dieses Unbehagen bildet ein sowjetisches Flottengeschwader, das seit November 1968 ununterbrochen im Indischen Ozean kreuzt. Der ganze Verband operiert vom Hauptstützpunkt Wladivostok aus und besteht aus einem Kreuzer, mindestens zwei Zerstörern – wovon einer mit Abschussvorrichtungen für Fernlenkwaffen –, drei

Unterseebooten, einem Versorgungsschiff und etwa einem Dutzend sogenannter «Handelsschiffe», die technische Anlagen zur Satellitenbeobachtung an Bord haben. Nun befindet sich seit dem jüngsten Staatsstreich im Sudan eine radikalere, linksgerichtete und pro-ägyptische Regierung an der Macht. Bereits erhielt das Land sowjetische Hilfe. Als Gegenleistung soll die sudanesische Regierung der russischen Flotte die Benützung der Hafenanlagen von Suakin und Port Sudan offeriert haben. Auch der Jemen, so heisst es, habe der Sowjetunion ein ähnliches Angebot gemacht. Bemerkenswert erscheint uns die Tatsache, dass sich die Regierungen in Peking und Moskau seit einiger Zeit gegenseitig des Versuchs bezichtigen, das «Vakuum» im Indischen Ozean auszufüllen. Namentlich die Kommentare des kommunistischen China entbehren nicht der üblichen Schmähungen. «Die russische Flotte wurde von der Revisionisten-Clique in der Sowjetunion zu einem Werkzeug im Dienste der Expansion im Ausland und der Erringung der Vorherrschaft zur See umgestaltet», schrieb die Pekinger Volkszeitung «Remnin Ribao» am 18. Mai dieses Jahres.

Das in den Staaten Süd- und Südostasiens vorhandene Unbehagen wird durch einen weiteren Umstand noch verstärkt: Die Sowjetunion meldet nämlich durch die Präsenz ihrer Flotte ihr Interesse am Indischen Ozean ausgerechnet zu einer Zeit an, da sich auch die USA ganz im stillen daran machen, strategisch bedeutsame Anlagen in eben dieser Region zu errichten. Schon im Dezember 1966 unterzeichneten Grossbritannien und die Vereinigten Staaten ein Abkommen über den Bau militärischer Anlagen, samt Stationen zur Satellitenbeobachtung, bei Aldabra und Diego Garcia im Chagosarchipel. Auch verlegten die USA, ohne dass dies besonderes Aufsehen erregt hätte, einige Flotteneinheiten nach der Insel Bahrein, einem britischen Protektorat im Persischen Golf. Im Januar 1968 wies der damalige amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara warnend auf ein «Machtvakuum» hin, das im Indischen Ozean zu entstehen drohe. Aber Präsident Nixon schenkt dem Vorschlag des Oberkommandos der amerikanischen Flotte, ein Geschwader der amerikanischen Siebten Flotte dauernd im Indischen Ozean zu stationieren, nur widerwillig Gehör.

In letzter Zeit verfolgten die Amerikaner eine andere Politik: Sie forderten ihre Verbündeten und die übrigen asiatischen Staaten auf, selber einen grösseren Teil der immer schwerer werdenden internationalen militärstrategischen Last zu tragen. So soll beispielsweise der neue amerikanische Verteidigungsminister Melvin Laird Grossbritannien mit allem Nachdruck ersucht haben, es möge einen Teil seiner Seestreitkräfte «mindestens bis 1980» im Gebiet des Indischen Ozeans belassen. Kurz zuvor, am 26. Februar 1969, hatte der Kommandant der britischen Fernostflotte, Admiral W. D. O'Brien, anlässlich eines Besuchs in Kota Kinabalu auf Saba erklärt, dass eine britische Bereitschaftsflotte zusammen mit australischen, neuseeländi-

dischen und malaysischen Verbänden in Südostasien bleiben würde, und zwar auch nach dem bis 1971 abgeschlossenen Rückzug der übrigen britischen Streitkräfte. Die britische Regierung reagierte auf O'Briens verheissungsvolle Worte mit einer scharfen «einschränkenden Präzisierung» – in Tat und Wahrheit handelte es sich um eine Ablehnung. Wenig später unterstrich das arg bedrängte Kabinett Wilson in London einmal mehr seine Entschlossenheit, die britischen Streitkräfte aus den Gebieten östlich von Suez abzuziehen. Aber nichtsdestoweniger treibt Grossbritannien heute den Aufbau eines militärischen Nachrichtensatelliten-Systems, genannt «Skynet», über dem Indischen Ozean voran. Die wichtigsten Bodenstationen sollen nach Singapur und einigen Inseln im Indischen Ozean zu liegen kommen. Die ganze Anlage soll mit dem amerikanisch-australischen Weltraum-Kontrollsysteem über dem Pazifik verbunden werden. In diesem Zusammenhang kommt auch den beharrlichen Beteuerungen der Führer der Konservativen Partei in Grossbritannien erhebliches Gewicht zu. Sollten sie nach den nächsten Parlamentswahlen an die Macht kommen – und angesichts der anhaltenden Unbeliebtheit des Kabinetts Wilson scheint es immer wahrscheinlicher, dass dieser Fall eintritt – würde in Südostasien auch nach 1971 eine von fünf Staaten des Commonwealth mit Einschluss Grossbritanniens gestellte Streitmacht unterhalten werden.

Fragwürdige Gleichgewichts-Theorien

Man weiss, dass einige Länder am Rande des Indischen Ozeans das Vordringen Russlands mit grosser Sorge verfolgen. Ende April 1969 berichtete der australische Aussenminister Gordon Freeth über seine jüngsten Gespräche mit seinem indonesischen Amtskollegen Adam Malik in Djakarta; Malik habe das Missbehagen der indonesischen Regierung darüber zum Ausdruck gebracht, dass Indien und Pakistan stets ihre spezifischen Interessen im Auge hätten und damit der Konsolidierung und dem Ausbau des machtpolitischen Einflusses Sowjetrusslands im Indischen Ozean nur noch Vorschub leisteten. Anderseits haben, von den Vereinigten Staaten dazu ermuntert, eine ganze Anzahl südostasiatischer Staaten, zum Beispiel Malaysia, Singapur und die Philippinen, mit der Sowjetunion und ihren europäischen Satelliten diplomatische Beziehungen hergestellt oder sie befinden sich mindestens dank den stets wichtigeren Handelsverbindungen allmählich auf dem Wege dazu. Anfangs Januar 1969 hiess es in einem Leitartikel der malaysischen Tageszeitung «The Straits Times», dass «es wohl nicht mehr länger angeht, Handel und Politik peinlich genau von einander zu trennen. Aber deswegen besteht noch kein Grund, im sowjetischen Streben nach Einfluss nichts anderes als unheilverheissende Machen-

schaften zu sehen. Heute blickt Südostasien mit ausgeprägtem Realismus in die Zukunft. Es muss deshalb alle auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet sich bietenden Chancen nutzen, sofern sie sich mit der neuen, illusionsfreien Betrachtungsweise vereinbaren lassen». Wie aus Verlautbarungen dieser Art erhellte, ist man sich zwar wohl über die Gefahr im klaren, die das sowjetische Vordringen in Südostasien darstellt. Daneben besteht aber auch ein waches Empfinden für neue taktische Möglichkeiten, besonders da ein des Vietnamkrieges überdrüssiges Amerika und ein klein gewordenes Britannien immer weniger geneigt scheinen, sich in überseeische Abenteuer einzulassen. Heute werden eine ganze Anzahl südostasiatischer Länder von Aufständen und internen Guerillakriegen heimgesucht, die von Peking aus geschürt werden. Gerade diese Länder hoffen, die russische Präsenz könnte sich als eine Art von Gegengewicht gegen das rotchinesische Machtstreben erweisen.

Aber selbst diese möglicherweise von der Sowjetunion erfüllte «ausbalancierende» Funktion wird schliesslich Nachteile mit sich bringen, besonders wenn die chinesisch-russische Feindschaft, wie es heute als durchaus möglich erscheint, über die bisherigen Grenzkonflikte hinaus neue Dimensionen annehmen sollte. Über eine solche Entwicklung macht man sich ganz besonders in Indonesien Sorgen. Rotchina dürfte nämlich die sowjet-russische Einflussnahme als eine Herausforderung empfinden. Dann könnten die süd- und südostasiatischen Staaten in einen umfassenden chinesisch-russischen Konflikt hineingezogen werden. Einige politische Führerpersönlichkeiten in Asien hegen zwar die Hoffnung, der Einzug der Sowjetunion in das Gebiet des Indischen Ozeans bezeichne den Beginn einer «Internationalisierung» und eines neuen Gleichgewichtssystems der Mächte im asiatischen Raum, und die neue Konstellation werde sich schliesslich als ein leistungsfähiger Mechanismus im Dienste der politischen Stabilität erweisen. Diese allzu zukunftsgläubigen Leute könnten sehr wohl eine bittere Enttäuschung erleben.

Bemühungen um eine regionale Sicherheitsorganisation

Wie Adam Malik, Lee Kuan Yew, der Premierminister Singapurs, und Militärkreise in Australien, Indien, Südkorea und in beschränkterem Masse auch in Japan offenbar glauben, liegt die Antwort auf die bedrohliche Lage in der Richtung verstärkter Eigeninitiativen auf diplomatischem und militärischem Gebiet. Auf diese Weise könnten die nichtkommunistischen Staaten Asiens aus eigener Kraft dazu beitragen, die Sicherheit des Indischen Ozeans und der anliegenden Gebiete, beispielsweise des Südchinesischen Meeres, zu gewährleisten. Die USA haben Vorstösse dieser Art unterstützt. Man weiss auch, dass sie die «Militarisierung» des ASPAC, des Asiatisch-

Pazifischen Rates, befürworten. Dem ASPAC gehören die neun Staaten Australien, Neuseeland, Japan, Südkorea, Nationalchina, die Philippinen, Südvietnam, Malaysia und Thailand an; Indonesien lässt sich durch «Beobachter» vertreten. Ursprünglich lag der Gründung des Rates im Juni 1966 die Absicht zugrunde, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in der betreffenden Region zu fördern.

Im Juni 1969 tagte in Kawana, Japan, die vierte ASPAC-Konferenz. Dabei zeigten aber die meisten Teilnehmer trotz des Druckes seitens Australiens, Thailands und Südkoreas noch merkliche Zurückhaltung gegenüber den Wünschen, den Rat zu einem neuen kollektiven Sicherheitssystem für Asien auszubauen. Besorgte Äusserungen über ein für die Zukunft drohendes «Machtvakuum» im Indischen Ozean und in anderen fernöstlichen Regionen, wie etwa in Vietnam nach dem voraussichtlichen Abzug der amerikanischen Truppen, wurden zwar mit der gebührenden Aufmerksamkeit angehört, hatten aber zu wenig Durchschlagskraft, um bei der Abfassung des Schlusscommuniqués der Konferenz zur Geltung zu kommen. Die an kollektiven Sicherheitsvereinbarungen interessierten Länder, vor allem Malaysia-Singapur, Thailand, Südkorea, Südvietnam und Australien, müssen sich unter den gegenwärtigen Umständen wohl oder übel auf bilaterale Abmachungen verlassen. So hat beispielsweise Australien für die Zeit nach 1971 gewisse Verpflichtungen gegenüber Malaysia-Singapur übernommen. Ferner haben auch die USA Zusicherungen für die Verteidigung Thailands abgegeben. Andere Staaten, namentlich Indien, Kambodscha und Japan, werden auch in Zukunft eine behutsam abwartende Politik verfolgen – selbst wenn sie, wie etwa im Fall Japans, bilaterale Verteidigungsabkommen mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen haben.

Heute beginnt sich nicht nur im Indischen Ozean, sondern auch in anderen Gebieten Asiens ein strategisches «Machtvakuum» herauszubilden. Gerade weil nun die asiatischen Staaten sich zu keiner gemeinsamen Politik entschliessen können und ausgesprochen vorsichtig operieren, dürften die Sowjetunion, Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und – vorderhand noch indirekt – auch Rotchina ihre Präsenz in diesen Regionen aufrechterhalten und vielleicht sogar immer deutlicher geltend machen. Die Probleme, welche die Einflussnahme der Grossmächte für die um ihre Existenz ringenden Staaten in der engeren und weiteren Umgebung des Indischen Ozeans mit sich bringt, können in ihrer Bedeutung kaum hoch genug eingeschätzt werden. Wie der frühere amerikanische Aussenminister Dean Rusk immer wieder betont hat, lautet das eigentliche Problem Asiens und der Welt: «Wie organisiert man den Frieden?» In Süd- und Südostasien dürfte sich das «Organisieren des Friedens» *nach* dem Ende des Vietnamkrieges sehr wohl als eine ebenso schwierige Aufgabe erweisen wie die Beendigung des Krieges selbst.